



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Maßgebliches und Unmaßgebliches

Wer hat den Krieg angezettelt? Über die Aufständischen in Kuba soll Fürst Bismarck geäußert haben: Die wollen plündern; mit ihnen über Autonomie verhandeln zu wollen, wäre Thorheit. Daß die Spanier mit ihnen nicht haben fertig werden können, hat wohl hauptsächlich darin seinen Grund, daß sie von Nordamerika her fortwährend mit Geld und Waffen unterstützt worden sind. Doch nicht bloß damit, sondern auch mit Hilfstruppen sind sie von dorthier unterstützt worden, denn, wie man in den Zeitungen gelesen hat, sind viele Abenteurer von dorthier zu ihnen gestoßen, die wohl nicht auf eigne Kosten hingegangen sein werden. Ja es scheint fast, als ob der ganze Aufstand überhaupt von dort aus angestiftet worden sei. Wer hat das alles getan? Die Regierung der Vereinigten Staaten? Der Präsident? Doch sicherlich nicht, wenn er auch Kenntnis davon gehabt haben mag. Denn politische Gründe, die es für die Vereinigten Staaten besonders wünschenswert oder notwendig machten, Kuba zu besitzen, liegen durchaus nicht vor, auch strategische Gründe nicht. Wenn die Amerikaner nach Eroberung, Ausdehnung, Machterweiterung verlangten, so läge es näher für sie, nach dem Besitz von Mexiko zu streben, das nur ein Fluß von ihnen trennt und das ihr Gebiet geographisch vervollständigen würde, als nach dem Besitz der Antillen.

Neuerdings hieß es, Nordamerika bedürfe einer Flottenstation auf Kuba, um die Durchfahrt nach dem Nicaraguakanal zu beherrschen. Das scheint doch etwas weit hergeholt und ein leerer Vorwand zu sein. Somit können es nur Privatinteressen sein, die den Besitz der Insel wünschenswert machen. Wer sind nun die Leute, die den Aufstand unterhalten und zum Kriege getrieben haben? Is fecit, cui prodest. Der „Zudering,“ hieß es, habe zum Kriege getrieben, aber aus welchen Personen dieser besteht, wurde nicht gesagt. In einer Zeitung war neulich zu lesen, „eine gewisse Gruppe im Kongreß“ übe einen Druck auf den Präsidenten, mit der Besignahme von Kuba energisch Ernst zu machen. An den Philippinen also scheint dieser „Gruppe“ nicht so viel gelegen zu sein. Auch hier wird nicht gesagt, was das für eine Gruppe sei. Die Ausdrucksweise ist dieselbe, die man in den Zeitungen so oft findet, daß es nämlich heißt: „gewisse Leute.“ Man wagt nicht, sie zu nennen, und doch weiß alle Welt, wer damit gemeint ist. (Sie selbst nennen sich zur Zeit „Republikaner.“) Fast die gesamte Presse treibt diese Heuchelei und hilft mit vertuschen und verschleiern.

Daß diese „gewissen Leute,“ wie in Amerika überhaupt, so namentlich auch im Kongreß einen ganz außerordentlichen Einfluß haben, hat man schon bei verschiedenen Gelegenheiten wahrnehmen können. Da also ist die eigentliche, wahre Ursache des Krieges zu suchen. Es ist die Habgier derer, die man nicht nennt, aber meint, die den Krieg herbeigeführt und durch den Aufstand vorbereitet haben, weil sie in den Alleinbesitz der Reichtümer der Insel gelangen wollen. Es ist dieselbe Macht, die auch vor zwei Jahren den Einfall des Dr. Jameison in Transvaal ins Werk gesetzt hat. Bevor der Krieg ausbrach, las man in den Zeitungen, wie die Aufständischen die großen Etablissements einer genannten deutschen Tabakfirma auf Kuba geplündert, in Brand gesteckt und deren deutsche Beamte ermordet hätten. Das könnte wohl geschehen sein nach einer erteilten Instruktion. Die Firma wird nun wohl ruiniert sein, und ihr Besitz kann in andre Hände übergehen. Auch darin ist eine Bestätigung des Gesagten zu erblicken.

Wie viel Menschen sind dieser Habgier schon geopfert worden, und wie viele werden noch geopfert werden! Wann wird die Welt endlich einsehen, wie die stumme Macht, die man nicht nennt, in stetem Wachsen begriffen ist, und wann werden die Völker aufhören, sich von dieser Macht täuschen und beherrschen zu lassen!

Der bayrische oberste Militärgerichtshof. Die neue Militärstrafprozessordnung hat die Regelung der Frage, ob Bayern ein Reservatrecht auf einen eignen obersten Militärgerichtshof zuweist, offen gelassen. In der Sitzung der bayrischen Abgeordnetenversammlung vom 2. Juni d. J. hat sich der Kriegsminister von Uch auf eine Anfrage dahin geäußert, daß gegenwärtig Verhandlungen hierüber von Souverän zu Souverän gepflogen werden. Es ist eine allbekannte Thatsache, daß sich der Prinzregent von Bayern für verpflichtet erachtet, an dem Rechte Bayerns auf einen eignen obersten Militärgerichtshof festzuhalten, und daß ihm hierin die Bevölkerung Bayerns und die bayrischen gesetzgebenden Körper treu zur Seite stehen. Der berufenste Interpret der Pariser Verträge, Fürst Bismarck, hat zudem erklären lassen, daß Bayern ein Reservatrecht auf einen obersten Gerichtshof hat. Wir glauben, daß es gerade in diesem Punkte der jetzt in Berlin befolgten Politik der Sammlung entsprechen würde, wenn die preußische Militärverwaltung das bayrische Reservatrecht vorbehaltlos anerkennen würde. Damit würde den preußischen Rechten nichts genommen, und um eine divergirende Rechtsprechung zu vermeiden, wird sich leicht eine Bestimmung finden lassen, wonach in prinzipiellen Fragen, ähnlich den Plenarentscheidungen des Reichsgerichts, die beiden obersten Gerichtshöfe zusammentreten müssen. Ein Nachgeben Preußens würde nur eine Rückkehr zu der Politik Bismarcks bedeuten, die immer die Sonderrechte der Einzelstaaten auf das sorgfältigste gewahrt hat. Unter Bismarck wäre diese Frage wohl nicht ungelöst vor den Reichstag gekommen, und der Gegensatz zwischen dem preußischen und dem bayrischen Vertreter in der Reichstagsitzung nicht zum Ausdruck gelangt. Das Ausland, voran Frankreich, wäre dann nicht in der Lage gewesen, hieran die unbegründetsten Kommentare zu knüpfen. In Bayern werden die Reservatrechte in allen Kreisen als eine unberührbare Sache hochgehalten, und gerade die Frage der Erhaltung eines obersten Militärgerichtshofs wird von reichsfeindlicher Seite gegen Preußen agitatorisch sehr ausgenutzt. Wohl wird dadurch das feste Gefüge des Reichs in keiner Weise gelockert; allein es würde doch ein wichtiger Zug einer reichsstärkenden Politik sein, gerade in dieser Frage Bayern, dem zweitgrößten Bundesstaate, entgegenzukommen und ihm seinen obersten Militärgerichtshof zu lassen.



Wir bitten unsre Freunde und Leser, die jetzt in Bäder und Sommerfrischen gehen werden, überall, wo die Grenzboten noch nicht in den Anzeigern usw. gehalten werden, auf deren Anschaffung zu dringen, und damit auch für die wohl auch ihnen erwünschte immer größere Verbreitung der Zeitschrift zu wirken. Unsre Hefte werden sehr reich an interessanten und wertvollen Beiträgen sein. Es sind aber jetzt vielleicht bessere Aussichten für die Verbreitung der Grenzboten vorhanden als je, da sich größere Kreise des Publikums von andern abzuwenden beginnen, von dem sie sich in den letzten Jahren hatten blenden lassen.

Bur Beachtung

Mit dem nächsten Hefte beginnt diese Zeitschrift das 3. Vierteljahr ihres 57. Jahrganges. Sie ist durch alle Buchhandlungen und Postanstalten des In- und Auslandes zu beziehen. Preis für das Vierteljahr 9 Mark. Wir bitten, die Bestellung schnellig zu erneuern.

Leipzig, im Juni 1898

Die Verlagsbuchhandlung

Herausgegeben von Johannes Grunow in Leipzig
Verlag von Fr. Wilh. Grunow in Leipzig. — Druck von Carl Marquart in Leipzig



